

Anke Hackethal

Baujahre

agenda

Anke Hackethal

Baujahre

Der Kreis Steinfurt und die entstehende
Bundesrepublik



agenda Verlag

Münster

2026

Dieses Werk entstand mit freundlicher Unterstützung durch
den Landschaftsverband Westfalen-Lippe



Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 agenda Verlag GmbH & Co. KG
Drubbel 4, D-48143 Münster
Tel. +49-(0)251-799610
info@agenda-verlag.de, www.agenda-verlag.de

Umschlagbild: Stadtarchiv Emsdetten

Druck und Bindung: TOTEM, Inowroclaw, Polen

ISBN 978-3-89688-970-6

Inhalt

1	Einleitung	7
2	Wohnungsnot und Bauen	11
2.1	Verwaltung und Flüchtlinge – nicht jeder ist gleich	11
2.2	Was verschwand – was entstand?	14
2.3	Siedlungsbau gegen Wohnungselend	17
3	Kalte Wohnungen	26
3.1	Kohlennöte	26
3.2	Lokale Alternativen zur Kohle	31
4	Natur muss leiden	36
4.1	Holznot plagt das Münsterland in der Nachkriegszeit	36
4.2	Die drohende Versteppung	40
4.3	Baumfrevl und Vogeljagd	42
5	Landwirtschaft gegen Hunger	46
5.1	Selbstversorgung stieß an Grenzen	46
5.2	„Der Zusammenbruch unseres Bauernstandes“	49
5.3	Kleinviehhalter 1949	55
5.4	Viehhalter zwischen Zucht und Abgabepflichten	58
6	Bedrohung Infektionskrankheiten	63
6.1	Der lange Kampf gegen die Schwindsucht	63
6.2	Kirmes und Krankheiten	69
7	Alt und Jung	73
7.1	Besonders alte Flüchtlinge haben es schwer	73
7.2	Spielen ist kein Kinderspiel	78
7.3	Treffpunkt für die Jugend gesucht	80
8	Orte der Bildung	84
8.1	Es reicht nie: Renovierungs- und Baubedarf an den Volksschulen	84
8.2	Eine dritte Volksschule für eine wachsende Stadt	91
8.3	Kurzfristige Bildungsblüte	96
9	Berufsleben	100
9.1	Ausbildung	100
9.2	Der große Streik von 1953	103
10	Wirtschaft	111
10.1	Erste Bestandsaufnahmen nach dem Krieg	111
10.2	Essen und Trinken mit Hindernissen	115

10.3 Dachrinnen und Weidepumpen – Diebe auf der Suche nach Metall	119
10.4 Lebensmittelhandel im Wandel	122
10.5 Laut, grell und kitschig	128
11 Verkehr	134
11.1 Fußgänger runter von den Straßen?	134
11.2 Konkurrenz um den Straßenraum	137
11.3 Nach Krisenjahren schöner als früher? Bahnhofsgebäude nach dem Krieg	143
11.4 „Der Schiene und Straße diene ich in gleichem Maße“	148
12 Wasserläufe	152
12.1 Gerade statt krumm. Neue Wege für die Ems	152
12.2 Der verschwundene Bach	157
12.3 Tote Fische im Mühlenbach	158
12.4 Ein stinkender Übelstand	161
13 Sport und Bewegung	166
13.1 Der schwierige Weg zu einem guten Freibad	166
13.2 Drinnen und draußen – Wo ist Platz für Sport?	173
13.3 Spektakel mit Motorrädern	178
14 Kultur und Freizeit	181
14.1 Nach alter Väter Sitte? – Neuanfänge im Karneval	181
14.2 „Ein Kulturfaktors ersten Ranges“ – Kinoblüte in Emsdetten	185
14.3 Preiswerter Lesestoff aus der Leihbücherei	191
14.4 Der Jahreswechsel 1952/53	195
15 Kauft Apfelsinen!	198
Dank	203

1 Einleitung

Wenn wir nach Feierabend oder am Wochenende an die frische Luft wollen, haben wir viele Möglichkeiten: in die City, ins Grüne oder auf anderer Leute Baustellen. So machten es die Emsdettener im Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, wo immer ein neues Viertel entstand. Die „Emsdettener Volkszeitung“ (EV) berichtete mehrfach davon, so am 25. September 1952: „Das gewaltige und ausgedehnte Bauvorhaben, das zur Zeit im Gelände von Hanfelde durchgeführt wird, lockt immer wieder Scharen von Neugierigen an. Nicht nur an Sonntagen, nein, auch an Werktagen ziehen nach Feierabend stets von neuem immer wieder Interessierte durch das aufgewühlte Baugelände, um sich von dem Stande der Arbeiten ein Bild machen zu können. Je weiter die Arbeiten voranschreiten, desto lebhafter wird das öffentliche Interesse. Häuser in allen Stadien sind anzutreffen.“ (EV 25. September 1952)

Ähnliches ließ sich damals in vielen Orten beobachten. Emsdetten war im Krieg weder so heftig bombardiert worden wie Rheine, noch hatte es wie Greven jahrelang Siedlungen für Displaced Persons abgeben müssen. Dennoch war auch in Emsdetten die Wohnungsnot erheblich und über viele Jahren der Wohnungsbau die städtische Kernaufgabe, aus der sich alles andere ableitete.

Der Streifzug durch die Baujahre nach dem Zweiten Weltkrieg schaut auf verschiedene Gemeinden des damaligen Kreises Steinfurt. Dass die meisten Beispiele aus Emsdetten stammen, ergibt sich daraus, dass das Buch aus der historischen Kolumne „Rückspiegel“ in der Emsdettener Volkszeitung hervorgeht.

Aber auch inhaltlich lässt es sich rechtfertigen: Emsdetten war in vielen Punkten durchaus typisch für die Region des nördlichen Münsterlandes im 20. Jahrhundert. Es war zwar schon ein Dutzend Jahre länger Stadt als Greven, Borghorst oder Ochtrup, gliederte

sich damit aber doch in eine größere Welle der Stadtwerdung textiler Industriedörfer ein. Die Umwälzung des Ortes durch die entstehende Textilindustrie, an die sich in der Nachkriegszeit die Älteren noch erinnerten, teilte es mit vielen Gemeinden in der Region, ebenso wie die Tatsache, dass die Landwirtschaft noch immer eine große Rolle spielte. Mit beidem einher ging gerade in der Nachkriegszeit eine hohe Zuteilung an Flüchtlingen. Auch mit dem sozialen Konservatismus und der starken Bedeutung der katholischen Kirche kann Emsdetten in der Mitte des 20. Jahrhunderts beispielhaft für das Leben im nördlichen Münsterland stehen.

Die Geister der Vergangenheit

Als die alliierten Truppen Deutschland von der nationalsozialistischen Diktatur befreiten, erkannten einige, dass ein Wiederaufbau sich nicht allein auf Häuser würde beschränken lassen. „Räumen wir den Schutt fort, denn der Schutt in den Hirnen der Menschen ist größer wie der in Städten und Dörfern“, sagte ein ländlicher Sozialdemokrat Anfang 1946.

Lokalzeitungen mit ihrem begrenzten Platz schenkten Schuld und Traumata wenig Beachtung. Indirekte Aussagen lassen jedoch darauf schließen, dass viele diese schwierigen Themen am ehesten bei den Kirchen gut aufgehoben sahen. Die weithin dominante katholische Kirche griff dabei im öffentlichen Leben unter anderem zu einer Methode, mit der sie zugleich diejenigen zurück ins Boot zurückzuholen hoffte, die allzu viel Neigung zum Nationalsozialismus gezeigt hatten. Wer sich in der Nachkriegszeit durch die Teilnahme nicht nur an Gottesdiensten, sondern auch an Prozessionen und durch die öffentliche Unterstützung kirchlicher Anliegen auf die Seite der Kirche stellte, konnte an dem Nimbus des ja vorhandenen kirchlichen Widerstandes teilhaben.

Das reale Bild war diffuser. Wer schon lange vor dem Aufstieg des Nationalsozialismus rassistisch war, Aufmärsche liebte, die zu be-

kämpfenden Bolschewisten ausgerechnet in den Bauerschaften und den christlichen Gewerkschaften vermutete, wer jugendliche „Mißachtung der Autorität“ für das größte Problem der 1920er-Jahre hielt (EV 17. Februar 1928), mehr Gehorsam einforderte und massenhaft 1929 zu einer Vortragsreihe über Eugenik strömte, konnte sich mit Teilaspekten der NS-Herrschaft gut arrangieren, ohne sich deshalb nach 1945 als Nazi zu fühlen.

Besonders in Orten mit Displaced-Persons-Lagern (Greven, Reckenfeld, Borghorst, Rheine) grassierte eine aus Kriegszeiten erhaltene antipolnische Grundeinstellung. Bei Tageslicht wusste man schon, dass sich dort Menschen aus verschiedenen Ländern aufhielten, die nicht in den Machtbereich des Stalinismus wollten und deren materiellen Umstände ständig schlechter wurden. Wenn jedoch in finsterner Nacht Bauernhöfe auf der Suche nach Nahrungsmitteln überfallen wurden, wurden die Schuldigen mit größter Selbstverständlichkeit als Polen bezeichnet.

Noch problematischer war die Haltung gegenüber den Sinti und Roma. Als sie im Sommer 1950 im Kreis Steinfurt ankamen, war dies der Kreisseite eine ausdrückliche Warnung wert. Den „braunen Gesellen mit ihren glutäugigen Frauen und Töchtern“ wurde vorgeworfen, dass von ihrer „Romantik nicht mehr viel übriggeblieben“ sei, „nachdem sie das vergangene politische Regime gewaltsam von den Straßen verschwinden lassen hat“ (EV 7. Juli 1950).

Wenngleich der Autor anerkannte, dass es staatliche Gesetze und lokale Ortssatzungen waren, die sie an einem längeren Aufenthalt an einem Ort hinderten, und er an das „uns alle zu christlicher Nächstenliebe verpflichtende Gesetz“ erinnert, ist er doch im nächsten Satz bereit, genau dies zu vergessen: „So scheint es doch geboten, ihnen nicht mit mehr gefühlvoller Anteilnahme zu begegnen, als sie wegen ihrer freiwillig gewählten Lebensweise, auch wenn sie eine Volkseigenschaft ist, verdienen. Außerdem besitzen sie ein paar recht unangenehme Eigenschaften, die wir ihnen als Merkmale ihrer

Rasse an sich zugestehen können, wenn sie uns nicht gelegentlich schaden würden. Darauf angewiesen, sich von einem Tag zum anderen durchzuschlagen, entbehren sie jeden Rechtssinn der allein Ordnung und Gerechtigkeit einer Gemeinschaft garantiert.“ (EV 7. Juli 1950)

Während hier das „beträchtliche Häuflein unterernährter Kinder“ eher ein weiterer Grund zur Ablehnung war, forderte im gleichen Sommer 1950 ein Kommentator mehr materielle Hilfen für kinderreiche Familien (EV 19. September 1950). Die Einschränkung? „Es sei nicht der Riesenfamilie um jeden Preis das Wort geredet, aber der erbgesunden Familie mit dem wünschenswerten Kinderreichtum.“ (EV 19. September 1950) Zumindest die ethischen Fundamente dieser Baujahre waren noch überaus brüchig.

Die Aussagen entstammen der zeitgenössischen Lokal- bzw. Regionalpresse. Für die Zeit von September 1946 bis August 1947 ist das das „Neue Tageblatt“ aus Osnabrück mit seiner Regionalausgabe für das nördliche Münsterland, 1949 die „Westfälischen Nachrichten“ mit einer Ausgabe vor allem für Rheine und Emsdetten und ab Ende November 1949 dann die „Emsdettener Volkszeitung“. In allen Jahren wird dies ergänzt durch gelegentliche Blicke in die Regionalausgabe der „Westfälischen Rundschau“. Wenn vom Kreis Steinfurt die Rede ist, bezieht es sich auf den kleineren Altkreis ohne den damaligen Kreis Tecklenburg, Greven und Saerbeck.

Abkürzungen:

BW = Burgsteinfurter Wochenblatt

EV = Emsdettener Volkszeitung

NT = Neue Tageblatt

WN = Westfälische Nachrichten

WR = Westfälische Rundschau

2 Wohnungsnot und Bauen

2.1 Verwaltung und Flüchtlinge – nicht jeder ist gleich

Das überall in Westdeutschland vorhandene Bestreben, so zu tun, als seien die letzten zwölf Jahre nicht passiert, scheiterte in der täglichen Praxis schon allein an der geänderten Bevölkerung.

Die Frage war, wie man damit umgehen sollte. Durften die vom Krieg Entwurzelten anders behandelt werden als die Eingesessenen? Eine Volkszählung im Oktober 1946 zählte im Kreis Steinfurt knapp 144.000 Einwohner, gegenüber 118.506 im Jahre 1939. Das war ein Zuwachs von 21%. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass der Krieg und die Verfolgung viele zusätzliche Todesfälle mit sich brachten und zum Stichtag auch viele Soldaten noch nicht wieder zurückgekehrt waren. Von den Neuen im Kreis stammten 14.612 aus den Gebieten östlich der Oder/Neiße-Grenze. Der Ort mit dem größten Zuwachs war Altenberge, das im Oktober 1946 51,2% mehr Menschen zählte als 1939, kurz darauf folgte Horstmar mit 50,6%. Dieser ländliche Schwerpunkt beruhte auf Evakuierungen angesichts des Bombenkriegs.

Eine Zählung vom Jahreswechsel 1949/50 sah für Emsdetten neben 18.749 Eingesessenen 3.505 Ostvertriebene, 1.395 Evakuierete und 228 Ausländer. Das war zu einem Zeitpunkt, als durch die Rückkehr bisheriger Soldaten sich der Anteil der Eingesessenen bereits wieder erhöht hatte.

Dabei wurde zwischen den Zuwanderergruppen nicht nur in der Statistik deutlich unterschieden. Allen jahrzehntelangen Sonntagsreden zum Trotz empfanden die Behörden die Zuwanderung aus dem Osten bereits im Herbst 1946 als unumkehrbar. In Ibbenbüren wurde deswegen ein „Neubürgerausschuss“ eingesetzt. Gleichzeitig waren die Behörden Bürgern der jetzt sowjetischen Besatzungszone gern behilflich, wieder dorthin zurückzukehren.

Emsdetten zum Beispiel richtete 1946 ein Flüchtlingsamt ein, um die Maßnahmen von Behörden und ehrenamtlichen kirchlichen Gruppen zu koordinieren. Dabei wurde zwischen Sofortmaßnahmen wie einer ersten warmen Mahlzeit aus der Volksküche und einem gefüllten Strohsack und den auf eine längere Zeit angelegten Maßnahmen unterschieden.

Die Stadtverwaltung gab in ihrem Bericht zu, dass es Wochen gedauert habe, neu Ankommenden ein dauerhaftes Quartier zuzuteilen, und dann oft nur ein kleines Zimmer für eine ganze Familie. Viele Hauseigentümer sträubten sich dagegen, Fremde in ihr Haus aufzunehmen. Gleichzeitig verzeichnete die Stadt eine große Spendenbereitschaft von Privaten und Unternehmen, die sich auf so verschiedene Sachen wie Decken, Öfen, Holzsandalen oder Bettgestelle erstreckte. In einer Nähstube besserten Ehrenamtliche Kleidungsstücke verschiedenster Art auf oder änderten sie ab. Natürlich blieben nicht alle Konflikte auf die überfüllten Wohnungen beschränkt. Im November 1946 kam es zu einer blutigen Schlägerei zwischen Einheimischen und Zugezogenen auf dem innerstädtischen Sanduferplatz.

Trotzdem war der Frust bei den überlasteten Verantwortlichen in den Wohnungsämtern groß, vor allem in Situationen wie in einer Bauerschaft bei Wettringen. Dort „bewohnt ein Bauer mit seiner Frau allein seinen Hof. Bisher hat er es fertiggebracht, sämtliche ihm zugewiesenen Flüchtlinge zurückzuweisen. Bei einem erneuten ähnlichen Fall wollten der Flüchtlingsbetreuer und ein Beauftragter des Wohnungsamtes eingreifen. Beide wurden von dem Bauern beschimpft und der Beauftragte des Wohnungsamtes tätlich angegriffen und vor die Tür gesetzt.“ (NT 25. April 1947) Die Verwaltung meldete den Vorfall der Militärregierung in der Hoffnung, diese werde den Bauern bestrafen. Ein anderer Bauer mauerte, nachdem eine Flüchtlingsfamilie ausgezogen war, die Tür zu dem Zimmer zu, um nicht eine weitere Familie aufnehmen zu müssen. Die mündliche

Überlieferung berichtet von mehr derartigen Fällen als Aufnahme in die damalige Presse fanden.

Auch 1949, als sich die Verhältnisse schon wieder etwas stabilisiert hatten, fühlten sich das Borghorster Wohnungsamt und die ehrenamtlich arbeitende Wohnungskommission weiter unerträglichen Beschimpfungen ausgesetzt, und zwar sowohl von den Wohnungssuchenden als auch von den Hausbesitzern. Weiterhin bestand ein Defizit von mindestens 300 Wohnungen. Es war unmöglich, beiden Seiten in einer Weise gerecht zu werden, mit der sie glücklich geworden wären. Die Stadtverwaltung appellierte daher, mehr Verständnis für die Lage der Wohnungskommission zu haben. Im gleichen Zuge verwies sie auf die Schlichtungsstelle beim Kreis, wo ein Volljurist mit zwei Besitzern Entscheidungen überprüfen würde. Selbst dann war es Unzufriedenen noch möglich, eine weiterreichende Beschwerde beim Regierungspräsidium einzureichen. Das eigentliche Problem bestand darin, dass Borghorst trotz der unge lösten Wohnungsfrage die Zuweisung von 400 zusätzlichen Vertriebenen drohte.

Aber es gab auch Bemühungen um Integration. In vielen Orten des Kreises bemühten sich gerade die Heimatvereine, durch „münsterländisch-schlesische Heimatabende“ und ähnliche Veranstaltungen einander auch auf kultureller und freizeitlicher Ebene kennenzulernen. Vorreiter waren hierbei die Borghorster, die bereits im Advent 1946 „die hier untergebrachten Ostflüchtlinge zu einem frohen Nachmittag eingeladen hatte[n]. [...] Der Männergesangsverein Borghorst bestritt mit seinen vorzüglichen Gesangskräften und seiner fröhlichen Theatergruppe das gefällige Programm, das durch mundartliche Rezitationen des schlesischen Sprechers Helmut Niebel eine wertvolle Bereicherung erfuhr. Gute Musik gab der Veranstaltung einen schönen Rahmen.“ (NT 20. Dezember 1946) 1947 folgten anderswo ähnliche Veranstaltungen. Im Heimat- und Verkehrsverein Ochtrup hielt der ehemalige Direktor des Landesamtes

für schlesische Volkskunde den Münsterländern einen Vortrag „über die schlesische Heimat. Volkslieder und Volkstänze umrahmten den Vortrag“ (NT 20. Dezember 1946).

Anders sah es mit denjenigen aus, die bereits während des Kriegs teils aus Eigeninitiative, teils durch Evakuierung aus zerbombten Großstädten nach Emsdetten gekommen waren. Die wäre die Stadtverwaltung gern so schnell wie möglich wieder losgeworden. Neben knappen Ressourcen spielten dabei sicher auch alte Ressentiments gegen Großstädter eine Rolle. Der Reichsverband der Bombengeschädigten beschwerte sich im November 1949, anders als andere notleidende Gruppen, vergessen worden zu sein. Dem Verband fehle sogar das Geld, um für die Kinder eine Weihnachtsgabe zu organisieren.

Stadtdirektor Hubert Stegemann ließ sich davon nicht rühren. Während er Anfang 1950 mehr Wohnungsbau für Ostvertriebene ankündigte, hoffte er gleichzeitig auf verstärkten Baueifer in den Großstädten, damit möglichst viele Bombengeschädigte und Evakuierte in ihre Heimatorte zurückkehren würden.

Das geschah auch. Allerdings musste Emsdetten zu seinem Ärger feststellen, dass zunächst nur die in den Städten benötigten Arbeitnehmer die Möglichkeit zur Rückkehr hatten. Rentner und Kriegsversehrte blieben im ländlichen Raum und belasteten weiter die Sozialkasse.

2.2 Was verschwand – was entstand?

Ende der 1920er-Jahre hatte Emsdetten einen Plan erarbeiten lassen, wie der Ort seine Bevölkerungszahl verdoppeln könnte, und dabei auf eine kompakte Bebauung gesetzt. Dieser Gedanke verschwand sofort nach Kriegsende. Gärten und Schweineställe waren fast so wichtig wie der Wohnraum selbst.

Obwohl der Krieg in Emsdetten nur wenige Häuser zerstört hatte, war die Wohnungsnot so groß, dass die Schaffung neuer Baugebiete zu den ersten kommunalpolitischen Themen bereits in den Jahren 1946–47 gehörte. Angesichts des Mangels an Lebensmitteln richtete sich dafür die Aufmerksamkeit der Planer zunächst auf Gebiete, die nicht für den Ackerbau genutzt wurden. Anders gesagt: Flächen, die in ihrem Bewuchs noch ein hohes Maß an Natürlichkeit hatten. Solche Gebiete befanden sich am Hembergener Damm. „Denken wir doch einmal ein paar Jahre zurück!“, forderte ein EV-Kommentator seine Leserinnen und Leser auf. „Wenn wir damals auf unseren Spaziergängen den Hembergener Damm entlang wanderten, dann begannen in der Höhe des Friedhofes Wildnis und Eintönigkeit. Weite sandige Felder, Ginstersträucher, düstere Föhren, kleine zarte Birken und hartes Heidekraut wechselten einander ab.“ (EV 28. November 1950).

Ähnliche Beschreibungen widmeten sich dem ‚alten‘ Hanfelde nördlich der Innenstadt, wo in den frühen 1950er-Jahren viele neue Wohnungen gebaut wurden. Das Gebiet der späteren Dieckstraße hatte bereits durch den Eisenbahnbau viel von seinem ursprünglichen Charakter verloren. Es war ebenfalls durch eine karge Vegetation gekennzeichnet sowie die durch Plaggendüngung erhöhten Esche. Da hinein waren tiefe Sandwege eingeschnitten. Die einzigen Wohnungen waren ärmliche Heuerlingshütten. Mit dem Eisenbahnbau der 1850er-Jahre verschwanden viele dieser Merkmale. Für die Erarbeiten nutzten die Arbeiter die angehäuften Esche und schütteten Hohlwege zu. Trotzdem blieb die Gegend über die nächsten fast hundert Jahre wenig genutzt.

Anders sah es im Westen der Stadt aus, wo intensiv genutztes Garten- und Ackerland dem Wohnbedürfnis weichen musste und wo sich die Stadt auch in der Zwischenkriegszeit bereits ausgedehnt hatte. Hier sollten nun nach Vorstellung der Stadtverwaltung etwa 670 weitere Bauplätze entstehen. Viele Grundstücksgrenzen wur-

den in einem Umlegungsverfahren verschoben. Für die bisherigen Eigentümer bedeutete dies, Gartenland mit „Pumpen, Einfriedigungen, Gartenlauben und auch Obstbäume[n]“ zu verlieren (EV 5. Mai 1951). Manches ließ sich versetzen, anderes nicht.

Vor dem Aufbau kam die Zerstörung. So kurz nach den Hungerjahren tat es vielen weh zu sehen, wenn bestes Acker- und Gartenland unbestellt blieb und vom Unkraut überwuchert wurde. Aber auch den altgewohnten Feldwegen ging es an den Kragen. Sie wurden kurzerhand umgepflügt, um möglichen Passanten ihre altgewohnten Wege abzutrainieren. Angeblich nannten die Beobachter dieses nun weglosen und etwas chaotischen Viertels den „Wilden Westen“. Natürlich ließen sie das Gelände nicht ungenutzt. Noch waren viele Menschen zumindest teilweise Selbstversorger, und als im Sommer das Grün wucherte, nahmen sie ihre Schafe und Ziegen, teilweise selbst Kühe in den Westen, damit sie sich dort die eine oder andere Mahlzeit holen konnten. Im späteren Verlauf des Sommers reiften die Früchte an den verbliebenen Obstbäumen. Gehörten diese weiter den ehemaligen Besitzern? Die EV meinte ja, weil die Stadt im Zuge des Umlegungsverfahrens keine Entschädigung für die ausgefallene Ernte gezahlt hatte. Es ließe sich auch argumentieren, die Stadt oder die künftigen Eigentümer der Grundstücke könnten einen Anspruch erheben. Keinesfalls aber zufällige Passanten, soweit sie es in diesem weglosen Gelände gab, oder gar Menschen, die gleich mit großen Körben anrückten, um dort zu ernten, wo andere über Jahre die Obstbäume gepflegt hatten.

Einen schönen Plan zu haben, ist das eine, das passende Grundstück dafür etwas anderes. Bis zur Währungsreform stand das Problem im Raum, dass Grund und Boden sehr viel wertvoller war als Geld. Aber auch 1949 standen Politik und Planer vielerorts vor dem Problem, dass Grundstückseigentümer kein Interesse an einem Verkauf hatten. Zumindest in der Emsdettener Politik fanden sich daher viele, die auch Enteignungen befürworteten. Zumindest sollte die

Stadtverwaltung sie als Drohmittel in Verhandlungen einsetzen können. Das Ziel Anfang 1949 war, mindestens 12,5 ha Land zu erwerben, um darauf fürs Erste etwa 100 Wohnungen zu errichten. 18 von 25 Ratsmitglieder aus allen Parteien befürworteten die Enteignungen als Ultima Ratio, wenn damit Baugelände geschaffen werden könnte. Ende April verkündete die Verwaltung, dass sich der Wind auf dem Grundstücksmarkt gedreht habe und der Ankauf von Bauland grundsätzlich möglich sei. 1949 entstanden in Emsdetten 105 Wohnhäuser mit 190 Wohnungen.

2.3 Siedlungsbau gegen Wohnungselend

Früher, da hatten auch Emsdettens Arbeiterfamilien stets ein freistehendes Einfamilienhaus und dazu Land genug, um heiratende Kinder mit einem Teil davon ausstatten zu können, die damit die Eigenheimtradition (mit Schweinestall und Gemüsegarten) fortsetzen konnten – typisch münsterländisch eben. Dieser nostalgische Blick setzte sich um 1953 in Emsdetten durch.

Aber nichts verändert sich so schnell wie der Blick auf die Vergangenheit. Noch im März 1950 war es angebracht, den angesichts ihrer Wohnverhältnisse Frustrierten ein anderes Bild zu zeichnen. Da wurde eher an die Tatsache erinnert, dass sich in winzigen Behausungen große Familien ein Zimmer teilten, weil der meiste Platz vom Webstuhl eingenommen wurde, von dem das Überleben abhing. Ähnlich sah es in vielen Textildörfern der Region aus.

Wie war es wirklich? Blicken wir nicht auf die damals bereits fernere Vergangenheit, sondern auf die Zwischenkriegszeit. In der Kerngemeinde Emsdettens (ohne Bauerschaften) gab es am 1. Dezember 1930 1094 Eigenheime mit 6794 Bewohnern und 541 Mietwohnungen mit 2355 Bewohnern. Zur Miete zu wohnen war also durchaus nicht ungewöhnlich. Viele dieser Wohnungen und Zim-